

## Atomausstieg

# Think-Tank schlägt internationale Strategie vor

**Der Bund soll den Atomausstieg mit anderen Staaten gemeinsam umsetzen. Es sei nicht sinnvoll, den Strombedarf vorab durch inländische Produktion zu decken, empfiehlt eine Studie.**

**Stefan Bühler**

Rund 40 Prozent der inländischen Stromproduktion fallen weg, wenn in den nächsten Jahrzehnten der Atomausstieg wie geplant realisiert wird. Ein grosser Teil dieser Stromlücke soll gemäss den Plänen des Bundes durch den Bau von Gas-, Solar- und Windkraftwerken im Inland sowie durch bessere Energieeffizienz kompensiert werden; nur am Rande ist der zusätzliche Stromimport ein Thema. Bestehende Studien von Behörden, Wissenschaft und Wirtschaft gehen vom Bau von bis zu fünf grossen Gaskraftwerken, Tausenden von Windrädern und Solaranlagen mit einer Gesamtfläche von bis zu 250 Quadratkilometern aus.

Das Forum Aussenpolitik (Foraus), ein unabhängiger Think-Tank, schlägt in einer neuen Studie nun eine andere Strategie vor. Es sei nicht sinnvoll, den Wegfall des Atomstroms möglichst im Inland zu kompensieren, heisst es in dem Papier: Die vom Bund skizzierte Inlandstrategie sei «in der relativ sonnenarmen Schweiz» technisch ineffizient und widerspreche wegen des CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Gaskraftwerke den Zielen des Klimaschutzes. Das Ziel einer weitgehenden «Stromautarkie» sei eine Illusion, sagt Koautorin Kathrin Volkart: Zwar seien Jahresproduktion und Jahresverbrauch der Schweiz heute nahezu ausgeglichen, doch im Winter sowie zu den täglichen Verbrauchsspitzenzeiten sei die Schweiz schon heute auf Importe angewiesen, während sie im Sommer Strom exportiere. «Wir sind ohnehin stark vom Ausland abhängig», sagt Volkart, «beim Strom, vielmehr aber noch bei der Versorgung mit Heizöl und Treibstoffen.»

In ihrer Studie empfehlen die Autoren von Foraus deshalb, den Atomausstieg nicht national zu planen, sondern «eine europäische Perspektive» einzunehmen: Der Bund solle mit anderen Ländern, die als Vorreiter des Atomausstiegs ähnliche Ziele haben oder schon heute stark auf erneuerbare Energien setzen, eine gemeinsame Strategie zum Ausbau der erneuerbaren Energien entwickeln. Genannt werden Deutschland, Belgien, Dänemark und Norwegen.

Dieses multilaterale Vorgehen begründen die Studienautoren vorab technologisch: «Die verschiedenen geografischen Vorteile für eine effiziente Stromerzeugung müssen genutzt werden, um eine verlässliche und europaweite Versorgung mit erneuerbaren Energien garantieren zu können.» Mit andern Worten: Die einzelnen Länder und Regionen würden sich je nach meteorologischer oder geografischer Eignung spezialisieren. Photovoltaik müsste demnach im Süden ausgebaut werden, Windkraft in küstennahen Gebieten oder - wie in der Nordsee - offshore. Der Schweiz fiele mit ihren Stauseen und Pumpspeicherwerken derweil die Rolle der «Batterie Europas» zu. «Produzieren würde sie zwar weniger Strom als sie braucht, sie müsste folglich mehr importieren als heute», sagt Volkart, «dies wäre insgesamt aber eine effizientere Strategie.»